

## ■ Politische Rechte (Auszug)

### Vorprüfung einer nichtformulierten Volksinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, nach Prüfung der am 25. Januar 2012 eingereichten Unterschriftenliste zu einer kantonalen, nichtformulierten Volksinitiative "ÖV im Baselbiet erhalten", verfügt:

1. Die am 25. Januar 2012 eingereichte Unterschriftenliste zu einer kantonalen, nichtformulierten Volksinitiative "ÖV im Baselbiet erhalten" entspricht den Formerfordernissen von § 28 Absatz 1 und 3 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984 und von § 69 GpR: Sie enthält einen ausgearbeiteten Vorschlag, eine Rubrik für die Gemeinde, in welcher die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen stimmberechtigt sind, und für das Datum der Veröffentlichung des Initiativtextes im Amtsblatt, ferner Titel und Wortlaut der Initiative, eine vorbehaltlose Rückzugsklausel, den Hinweis auf die Strafbarkeit der Fälschung des Ergebnisses der Unterschriftensammlung sowie Namen und Adressen von mindestens sieben Urheberinnen und Urhebern der Initiative.
2. Folgende Urheberinnen und Urheber der Verfassungsinitiative sind ermächtigt, die Volksinitiative mit einfachem Mehr vorbehaltlos zurückzuziehen: Augstburger Elisabeth, Kesselweg 43b, 4410 Liestal; Balscheit Margrit, Gsteigweg 4, 4448 Läfelfingen; Brem Ursula, Talweg 2, 4254 Liesberg Dorf; Brenzikofer Florence, Mattenweg 183B, 4494 Oltingen; Burch Peter, Therwilerstrasse 30, 4105 Biel-Benken; Bürgi Marc, Muttenerstrasse 80, 4133 Pratteln; Burri Vreni, Im Graben 205, 4493 Wenslingen; Conrad Therese, Im Büünli 2, 4224 Nenzlingen; Ehrsam Kurt, Buckterstrasse 9, 4445 Häfelfingen; Fankhauser Angeline, In den Lettenreben 15, 4104 Oberwil; Forter Dieter, Mattenweg 16, 4448 Läfelfingen; Giger-Schmid Andreas, Nenzlingerweg 26, 4203 Grellingen; Janiak Claude, Hauptstrasse 104, 4102 Binningen; Koch Christine, Schlossstrasse 15, 4147 Aesch; Kumli Hanspeter, Fürhaldenweg 5, 4434 Hölstein; Lang Peter, Buechweg 243, 4493 Wenslingen; Löttscher Rosmarie, Dorfstrasse 16, 2814 Roggenburg; Maag-Streit Bianca, Kürzeweg 14, 4153 Reinach; Madörin Werner, Im Birsark 7, 4147 Aesch; Martin Sarah, Buusnerstrasse 2, 4465 Hemmiken; Ott Lukas, Baumgartenstrasse 1, 4410 Liestal; Peter Simone, Hauptstrasse 31, 4495 Zeglingen; Rehmann Willi, Langegasse 47, 4102 Binningen; Schaffner Sabine, Obere Bütschen 101, 4418 Reigoldswil; Schaferoth Gerhard, Widmannstrasse 13, 4410 Liestal; Strub Eugen, Mattenhof 33, 4445 Häfelfingen; Trinkler Simon, Schützenweg 16, 4123 Allschwil; Weibel Regina, Dorfstrasse 50A, 4243 Dittingen; Wiedemann Jürg, Baslerstrasse 25, 4127 Birsfelden; Wissler Dieter, Blattenweg 15, 4223 Blauen.
3. Der Titel der nichtformulierten Volksinitiative "ÖV im Baselbiet erhalten" entspricht den Erfordernissen des § 68 Absatz 2 GpR
4. Gegen diese Verfügung kann gestützt auf die § 88 Absatz 1 Buchstabe c und 90 Absatz 1 GpR innert 3 Tagen seit der Mitteilung schriftlich und begründet beim Verfassungsgericht Beschwerde erhoben werden. Diese Beschwerdebefugnis steht nur der Mehrheit des Initiativkomitees zu.
5. Mitteilung an Komitee "ÖV im Baselbiet erhalten", Postfach 330, 4127 Birsfelden
6. Veröffentlichung im Amtsblatt vom 2. Februar 2012

Die Initiative hat folgenden Wortlaut:

Nichtformulierte Volksinitiative "ÖV im Baselbiet erhalten"

Die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Landschaft stimmberechtigten Personen stellen, gestützt auf § 28 Absätze 1 und 3 der Kantonsverfassung, das folgende nichtformulierte Begehren und beantragen dem Landrat, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten:

Mit dem Entlastungspaket 12/15 plant der Kanton Basel-Landschaft eine Senkung des ÖV-Angebotes auf diversen Linien um bis zu einem Drittel. Die Unterzeichnenden fordern den Verzicht auf diesen Abbau und den Erhalt des Angebots gestützt auf den beschlossenen 6. Generellen Leistungsauftrag 2010-2013.

Landeskanzlei Basel-Landschaft

### Zustandekommen einer Verfassungsinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 61 des Gesetzes vom 7. September 1981 über die politischen Rechte sowie auf die Berichte der Gemeinden über die Prüfung der Unterschriftenlisten der am 21. Dezember 2011 eingereichten Verfassungsinitiative "Transparenz-Initiative - Stoppt die undurchsichtige Politik", verfügt:

1. Die Verfassungsinitiative "Transparenz-Initiative - Stoppt die undurchsichtige Politik" vom 21. Dezember 2011 ist zustandegekommen, nachdem sie die gemäss § 31 Absatz 1 der Kantonsverfassung verlangten Unterschriften aufweist.
2. Die Zahl der gültigen Unterschriften beträgt 1591.
3. Veröffentlichung im Amtsblatt und Mitteilung an das Initiativkomitee, JUSO Basel-land, c/o SP Baselland, Rheinstrasse 17, Postfach 86, 4410 Liestal.

Landeskanzlei Basel-Landschaft